



CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 27, No.1-2/2012

**abgeschlossen am
15. März 2012**

	<u>Seite</u>
1. Congress verlängert Steuersenkungen und Arbeitslosenhilfe	1
2. Republikaner kritisieren Präsident Obamas Haushaltsentwurf 2013 scharf	2
3. Senator McCain plädiert für Luftschläge gegen Syrien	5
4. Senat verabschiedet überfällige Bundesstraßenbau-Vorlage	6
5. Congress debattiert Verbot von Insider-Geschäften für Mitglieder	6
6. Republikaner werfen Obama „war on religion“ vor	8
7. Parteipolitische Polarisierung hält an	10
8. Senatorin Olympia Snowe verzichtet auf eine erneue Kandidatur	11
9. Republikanische Präsidentschaftsvorwahlen: Romney bleibt Ungeliebter Favorit	12

1. Congress verlängert Steuersenkungen und Arbeitslosenhilfe

Die Parteiführungen von Repräsentantenhaus und Senat haben sich Mitte Februar 2012 aus konjunkturpolitischen Gründen mit Präsident Barack Obama auf eine Verlängerung sowohl der Teilaussetzung von Sozialabgaben (*payroll taxes*) wie auch der Höchstbezugsdauer des Arbeitslosengeldes verständnisst.

Nach dem politischen Debakel für die republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus in den Auseinandersetzungen um die kurzfristige Verlängerung des *payroll tax cut* im Dezember 2011 verlief die neuerliche Kompromissaushandlung vergleichsweise unproblematisch (vgl. CR 10-12/2011, S. 3).

In dem vorweihnachtlichen „Showdown“ war der Versuch der Republikaner, die konjunkturellen Stabilisierungsmaßnahmen zu blockieren, im Senat auf Widerstand gestoßen. Die Öffentlichkeit hatte Unverständnis für den Machtpoker um die kurzfristige Verlängerung des *payroll tax cut* gezeigt.

Im Repräsentantenhaus stimmte eine breite überparteiliche Mehrheit von 293:132 Abgeordneten für die Annahme der zwischen den beiden Kammern abgestimmten Kompromissvorlage. Kurz darauf nahm der Senat die Vorlage mit 60:36 Stimmen ebenfalls mit großer Mehrheit an.

Im Einzelnen umfasst das Kompromisspaket

- die Verlängerung der vorübergehenden Senkung der Rentenversicherungsabgaben von 6,2 auf 4,2 Prozent bis Ende Dezember 2012;
- die erneute Anhebung der Höchstbezugsdauer von Arbeitslosenhilfe bis zum Jahresende, wobei jedoch für Einzelstaaten mit einer unterdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit (9 Prozent oder weniger) kürzere Fristen gelten,
- die Aussetzung geplanter Vergütungskürzungen für Ärzte unter *Medicare*, dem Bundeskrankenversicherungsprogramm für Rentenbezieher, bis zum Jahresende;
- die Verlängerung des Sozialhilfeprogrammes des Bundes, *Temporary Assistance for Needy Families* (TANF) bis Ende September 2012.

Die Demokraten begrüßten die schnelle und ohne politische Ränkespiele erzielte Übereinkunft.

Die Republikaner konnten zwar an einigen Stellen kleinere Einsparungen durchsetzen, doch ihre Forderung nach einer vollen Gegenfinanzierung der Teilaussetzung der Sozialabgaben, die Schaden von der Bundesrentenversicherung (*Social Security*) abwenden sollte, konnten sie nicht realisieren.

Auch das von den Republikanern im Senat der Obama-Administration im Dezember 2011 abgerungene Zugeständnis, die Genehmigung eines transkontinentalen Ölpipeline-Projekts (*Keystone Pipeline*) zu beschleunigen, spielte keine Rolle mehr.

Der Ausgang des anhaltenden Tauziehens um die strittigen Fragen ist nicht nur als Erfolg Präsident Obamas und der Demokraten zu werten.

Beide Seiten haben sich im Grunde darauf geeinigt, diese Themen mit ihren vielschichtigen konjunktur-, sozial-, steuer- und budgetpolitischen Konsequenzen auf die Zeit nach den Wahlen im November zu vertagen.

2. Republikaner kritisieren Präsident Obamas Haushaltsentwurf 2013 scharf

Im Congress ist der von Präsident Barack Obama am 13. Februar 2012 vorgestellte Budgetentwurf für das Haushaltsjahr 2013 von den Republikanern scharf kritisiert worden. Im Repräsentantenhaus, wo die *Grand Old Party* (GOP) im 112. Congress die Mehrheit stellt, bezeichnete Paul D. Ryan (R-Wisconsin), der Vorsitzende des Budget Committee, die Haushaltsplanungen Obamas als „unverantwortlich“. Ryan warf dem Präsidenten vor, nichts gegen „den Bankrott“ einzelner Bundesprogramme zu tun, der angesichts der Schiefelage des amerikanischen Bundeshaushalts drohe.

Demgegenüber erklärte im Senat, wo die Demokraten die Mehrheit haben, der Vorsitzende des dortigen *Budget Committee*, Kent Conrad (D-North Dakota), dass Obamas Haushaltsentwurf „die Wirtschaft stärken und neue Arbeitsplätze schaffen“. In einer längerfristigen Perspektive mahnte Senator Conrad allerdings auch die Modernisierung des Steuersystems und die Reform des Bundeshaushalts an. Natürlich sind sich die Demokraten darüber im Klaren, dass die Chancen für grundlegende Reformen in einem Wahljahr in der Regel außerordentlich begrenzt sind.

Vielmehr dürfte die ohnehin schon sehr ausgeprägte parteipolitische Profilierung und Polarisierung (vgl. Punkt 7) im Wahljahr 2012 noch zunehmen. Schließlich wollen die Republikaner im Repräsentantenhaus - und hier insbesondere die 2010 neu gewählten 81 Republikaner - unter Beweis stellen, dass sie ihren haushaltspolitischen Kurs, der tief greifende Sparmaßnahmen im Bundeshaushalt an erste Stelle rückt, durchsetzen können.

Exemplarisch für diese Position steht Justin Amash (R-Michigan), Mitglied des Budget Committee, der sich nicht scheut, gegen die Position seines Ausschussvorsitzenden, Paul D. Ryan (R-Wisconsin), und die seines *Speaker*, John A. Boehner (R-Ohio), weitere Sparmaßnahmen zu verlangen. „Kleine Verringerungen im Ausgabenverhalten (des Bundes)“ sind, so Amash, „inakzeptabel“. Amash ist einer der neun Republikaner im *Budget Committee* des Repräsentantenhauses, der Anfang August 2011 gegen die

Anhebung der Verschuldungsgrenze und damit gegen ihre eigene Fraktionsführung gestimmt hatte (vg. CR 7-9/2011, S. 1).

Republikaner wie Amash oder Mick Mulvaney (R-South Carolina), ein weiterer *Freshman* im *Budget Committee*, verlangen weitergehende Sparbeschlüsse im Bereich des discretionary spending für das Haushaltsjahr 2013 als sie im Rahmen des *Budget Control Act 2011* beschlossen wurden. Danach ist für das Haushaltsjahr 2013, das rechnungstechnisch am 1. Oktober 2012 beginnt und am 30. September 2013 endet, eine Ausgabenbegrenzung auf 1,047 Billionen USD (546 Mrd. USD für den Bereich „Security“ und 501 Mrd. USD für den Bereich „Non-Security“ vorgesehen.

Im amerikanischen Bundeshaushalt unterscheidet man zwischen discretionary programs und mandatory programs. Bei letzteren handelt es sich um Vorfestlegungen für Bundesausgaben in Bereichen wie *Social Security*, *Medicare*, *Medicaid* oder Schulden tilgung. Sie machen derzeit etwa 65 Prozent des amerikanischen Bundeshaushalts aus. Die restlichen 35 Prozent entfallen auf die so genannten *discretionary programs* wie Ausgaben für Erziehung, Bildung, Straßenbau oder Verteidigung. Innerhalb dieses Haushaltsbereichs machen die Verteidigungsausgaben („Defense“) derzeit etwa 55 Prozent aus, während sie im Bereich „Non-Defense“ etwa 45 Prozent des Ausgabenvolumens betragen.

Einen ersten Aufschluss über die Konfrontationsbereitschaft jener Republikaner im Repräsentantenhaus, die wie Amash (Michigan) oder Mulvaney (South Carolina) der *Tea Party*-Bewegung nahe stehen, dürfte die Verabschiedung der Budget Resolution geben. Sie liefert jährlich den groben Anhaltspunkt für die Arbeit der Genehmigungs- und Bewilligungsausschüsse. Die Budget Resolution ist nicht bindend und wird zunächst vom Haushaltsausschuss beschlossen, bevor im Hausplenum über sie abgestimmt wird.

Allerdings kann das Repräsentantenhaus die Haushaltsbewilligung auch ohne eine Budget Resolution vornehmen und sich in seiner Arbeit an die Obergrenzen im Bereich des *discretionary spending* orientieren, so wie sie im Rahmen des *Budget Control Act* für 2013 beschlossen wurden. Das zumindest hat der von den Demokraten kontrollierte Senat angekündigt. Konservative Republikaner hätten damit einen politischen Angriffspunkt im Wahlkampf, in dem sie den Demokraten eine zögerliche Sparpolitik im Bund vorwerfen könnten.

Im Einzelnen sieht Präsident Obamas Haushaltsplan 2013 u.a. vor:

- Gesamtausgaben in Höhe von 3,803 Billionen USD (gegenüber 3,796 Billionen USD im laufenden Haushaltsjahr 2012);
- Einnahmen in Höhe von 2,90 Billionen USD (gegenüber 2,47 Billionen USD 2012).

Daraus ergibt sich ein angenommenes Haushaltsdefizit von 901 Mrd. USD, was 5,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) entsprechen würde. Zum Vergleich: Im lau-

fenden Haushaltsjahr 2012 summiert sich das Defizit im amerikanischen Bundeshaushalt auf 1,33 Billionen USD (8,5 Prozent des BIP).

Für den Rüstungshaushalt sind Ausgaben von 614 Mrd. USD vorgesehen, was gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr 2012 eine Kürzung um 4,1 Prozent bedeuten würde. In dieser Summe sind die kriegsbedingten Ausgaben für „Overseas Contingency Operations“ in Höhe von 88,5 Mrd. USD bereits enthalten.

Damit würde die Rüstungsausgaben 2013 54,9 Prozent der Ausgaben im Bereich der *discretionary programs* ausmachen.

Für Homeland Security sollen 2013 39,5 Mrd. USD zur Verfügung gestellt werden, was einer Verringerung um 1,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspräche. In diesem Haushaltsposten sind 5,5 Mrd. USD für die Katastrophenhilfe („Emergency Disaster Relief“) enthalten.

Für die Arbeit des Außenministeriums und die Auslandshilfe sollen nach den Vorstellungen Präsident Obamas im Jahr 2013 54,8 Mrd. USD bereitgestellt werden, was einem Plus von 2,6 Prozent gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr entsprechen würde. Die Hilfszahlungen an Pakistan sollen um 800 Mio. USD auf 2,2 Mrd. USD gekürzt werden. Für den Irak sollen 4,8 Mrd. USD, für Afghanistan 4,6 Mrd. USD zur Verfügung gestellt werden. Die sich demokratisierenden Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas sollen im Rahmen eines „Middle East and North Africa Incentive Fund“ mit 770 Mio. USD jährlich unterstützt werden. Die Militärhilfe für Israel (3,1 Mrd. USD), Ägypten (1,3 Mrd. USD) und Jordanien (300 Mio. USD) soll auf der Höhe des Jahres 2012 fortgeführt werden.

In seinen Haushaltsplanungen geht das *Office of Management and Budget* (OMB) des Präsidenten im Haushaltsjahr 2013 von einer Arbeitslosenquote in Höhe von 8,6 Prozent aus. Demgegenüber rechnet das *Congressional Budget Office* (CBO) mit einer Arbeitslosenrate von 9,2 Prozent im Jahr 2013.

Zwischenzeitlich scheint eine Erholung auf dem amerikanischen Arbeitsmarkt eingesetzt zu haben. Erhebungen des *Labor Department* vom Januar 2012 zu Folge liegt die Arbeitslosigkeit derzeit bei 8,3 Prozent, nachdem in den Monaten Dezember 2011 bis Januar 2012 über 600.000 neue Arbeitsplätze in der amerikanischen Wirtschaft entstanden sind. Allerdings sind nach wie vor etwa 24 Millionen Amerikaner arbeitslos bzw. unterbeschäftigt.

Einer neuen *New York Times/CBS*-Umfrage vom März 2012 zu Folge liegt die Zustimmung zur Amtsführung von Präsident Obama derzeit bei 41 Prozent, wobei der Zustand der amerikanischen Wirtschaft für die Befragten eine besonders große Rolle in ihrer Einschätzung der Amtsführung Obamas zu spielen scheint.

3. Senator McCain plädiert für Luftschläge gegen Syrien

Im Senat hat sich am 7. März 2012 in einer Anhörung vor dem *Armed Services Committee* Senator John McCain (R-Arizona), *Ranking Republican* des Ausschusses, für Luftschläge der USA gegen die syrischen Streitkräfte ausgesprochen, die auf Befehl Staatschef Bashar al-Assad seit Monaten mit militärischer Gewalt gegen die Opposition im Lande vorgehen (siehe im Detail die Ausführungen McCains unter <http://www.senate.gov/fplayers/jw57/urlMP4Player.cfm?fn=armed030712&st=1110&dur=9960>). Dabei sind nach Schätzungen bisher mehr als 7500 Zivilisten ums Leben gekommen.

„Nach einem Jahr des Blutvergießens“, so McCain in der Anhörung gegenüber Verteidigungsminister Leon Panetta, sei nun der Moment gekommen, wo die USA handeln müssten, damit nicht noch mehr Städte wie Homs von den Assad-Truppen in Schutt und Asche gelegt würden. Auf Grund der flagranten Menschenrechtsverletzungen müssten die USA nun handeln, damit perspektivisch Schutzzonen für die Zivilbevölkerung eingerichtet werden könnten.

Präsident Obama hat Generalstabschef Martin E. Dempsey dem Vernehmen nach zwischenzeitlich beauftragt militärische Optionen für ein Eingreifen der USA auszuarbeiten, allerdings vor einem unilateralen militärischen Vorgehen gewarnt. „Zu denken, dass es einfache Lösungen geben könnte, sei ein Fehler“, so der Präsident.

Auch das Verteidigungsministerium hat zwischenzeitlich vor Luftschlägen der USA gegen Syrien gewarnt. Zum einen bestünde die Gefahr, dass weitere Zivilisten bei solchen „air strikes“ ums Leben kämen. Auch sei die militärische Stärke Syriens viel größer als Libyens, wo die USA im Rahmen eines von der NATO geführten Luftkrieges 2011 in einem Zeitraum von sieben Monaten etwa 7700 Bombenangriffe ausgeführt hätten. Schließlich bestünde die Gefahr eines Stellvertreterkrieges mit dem Iran. Zudem könnten Schutzzonen wahrscheinlich nur eingerichtet und aufrechterhalten werden, wenn die USA auch in größerem Umfang Bodentruppen einsetzen würden.

Im Congress haben die Ausführungen McCains bisher unterschiedliche Reaktionen ausgelöst, die keinen Konsens nahelegen. Im Repräsentantenhaus bezeichnete der Vorsitzende des *Appropriations Subcommittee on Defense*, Bill Young (R-Florida), die Gedankenführung McCains als „right on track“, betonte aber, dass die USA nicht die Führung bei einer militärischen Intervention gegen Syrien übernehmen sollten. Auch sein Fraktionskollege Allen West (R-Florida) warnte davor, dass sich die amerikanischen Streitkräfte durch Militäraktionen gegen Syrien nicht binden lassen sollten. *Speaker* John Boehner (R-Ohio) erachtet jede militärische Intervention in Syrien als „verfrüht“.

Auch in den Reihen der Demokraten sowohl im Senat als auch im Repräsentantenhaus gibt es Zweifel an McCains Forderungen. So ließ der *Minority Whip* im Repräsentantenhaus, Steny Hoyer (D-Maryland), verlauten, dass er amerikanische Luftschläge gegen die Streitkräfte Assads derzeit nicht unterstütze. Im Senat wies Jack Reed (D-

Rhode Island) darauf hin, dass jede militärische Intervention die Unterstützung der regionalen Verbündeten erfordern würde und wohl auch nicht ohne amerikanische Bodentruppen in Syrien erfolgreich sein könnte.

Demgegenüber stärkte Senator Lindsey Graham (R-South Carolina) seinem Fraktionskollegen McCain öffentlich den Rücken und sprach sich ebenfalls dafür aus, durch „gezielte Luftschläge das Schlachten (in Syrien) zu beenden“.

4. Senat verabschiedet überfällige Bundesstraßenbau-Vorlage

Der Senat hat am 14. März 2012 eine Vorlage zu der seit mehreren Jahren überfälligen Novelle des Gesetzes zur Bundesfinanzierung des Straßenbaus mit 74:22 Stimmen angenommen.

Das in der Regel für einen Zeitraum von sechs Jahren angelegte Gesetz zur Bundesfinanzierung des Straßenbaus war bereits 2009 ausgelaufen (siehe CR 7-9/2011, S. 10). Eine längerfristige Novellierung des Gesetzes scheiterte bisher am hartnäckigen Widerstand konservativer Republikaner, die mit Blick auf die in den letzten Jahren stark angestiegene Staatsverschuldung auf Sparsamkeit und solide Gegenfinanzierung drängten.

Nach den zähen Verhandlungen zwischen Republikanern und Demokraten im Senat sei die Vorlage, so beteuerte der Vorsitzende des Finanzausschusses, Max Baucus (D-Montana), fiskalpolitisch neutral und damit eigentlich nicht mehr zu beanstanden.

Die Senatsversion ist allerdings nur auf zwei Jahre befristet und soll die Ende des Monats auslaufende Überbrückungsregelung fortschreiben.

Der *Senate Majority Leader* Harry Reid (D-Nevada) hat das Repräsentantenhaus dringlich aufgefordert, der Vorlage des Senats zu folgen.

Im Repräsentantenhaus ist es *Speaker* John A. Boehner (R-Ohio) bisher allerdings nicht gelungen, eine von der republikanischen Fraktion getragene, mehrheitsfähige Vorlage zu verabschieden.

Gegen Boehners Vorlage, die für die kommenden fünf Jahre Ausgaben von knapp 260 Mrd. USD vorsieht, gibt es starke fiskalpolitische Vorbehalte aus den Reihen konservativer Republikaner, für die die Haushaltskonsolidierung höchste Priorität genießt.

Ankündigungen Boehners, er wolle gegebenenfalls die Senatsvorlage übernehmen und mit Hilfe der Aufnahme von Bestimmungen zu Steuererleichterungen die Verabschiedung forcieren, sind in seiner Fraktion auf offenen Unmut gestoßen. Dies lässt sehr deutlich werden, wie schwierig die Führungsaufgabe des *Speaker* ist.

Allerdings können die Republikaner nach den Erfahrungen der letzten Monate eigentlich kaum die Blockade eines so wichtigen Gesetzes riskieren (siehe Punkt 1). Ein Kompromiss zeichnet sich gleichwohl angesichts der Verweigerungshaltung des rechten Flügels der republikanischen Mehrheitsfraktion noch nicht ab.

5. Congress debattiert Verbot von Insider-Geschäften für Mitglieder

Das Repräsentantenhaus und der Senat haben Mitte Februar 2012 in wichtigen Details unterschiedliche Gesetzesvorlagen zum Verbot von Wertpapier-Geschäften von Mitgliedern des Congress beschlossen, sofern diese Geschäfte auf privilegierte, nicht-öffentliche Informationen zurückgreifen, die den Abgeordneten und Senatoren im Rahmen ihrer Tätigkeit als Gesetzgeber zugänglich gemacht wurden.

Die Debatte um Insider-Geschäfte greift die Kritik der Occupy Wall Street-Bewegung an den Auswüchsen des *crony capitalism* auf. Gemeint sind korrupte Wirtschaftspraktiken, die in den zurückliegenden Monaten auch von konservativen Anhängern der Republikanischen Partei kritisiert wurden.

Vorhaltungen wie die der früheren Vizepräsidentschaftskandidatin und Ex-Gouverneurin von Alaska, Sara Palin, dass sich Abgeordnete und Senatoren mittels ihrer Amtsprivilegien bereichern würden, treffen Republikaner wie Demokraten im Congress angesichts des auf neue Tiefpunkte gesunkenen Ansehens der Institution an einem wunden Punkt.

Das Repräsentantenhaus nahm die Gesetzesvorlage der republikanischen Mehrheit am 9. Februar mit 417:2 Stimmen an. Der Senat hatte sich bereits etwa eine Woche zuvor mit 96:3 Stimmen für die Vorlage ausgesprochen.

Sowohl die Vorlage des Senats wie die des Repräsentantenhauses sehen vor, dass

- für Mitglieder des Congress und deren Mitarbeiter die für die Privatwirtschaft gültigen Regelungen zu Insider-Informationen Anwendung finden;
- Wertpapier-Transaktionen von dieser Personengruppe im Senat binnen 30 Tagen und im Repräsentantenhaus binnen 45 Tagen zu melden sind;
- die Informationen über solche Geschäfte auf den offiziellen Webseiten von Senat und Repräsentantenhaus der Öffentlichkeit zugänglich zu machen sind;
- die Verletzung der Bestimmungen den Verlust der Pensionsansprüche aus der Tätigkeit im Congress nach sich ziehen kann;
- Mitglieder des Congress, Bundesrichter und höherrangige Bundesangestellte über die Konditionen der von ihnen erhaltener Immobilienkredite Auskunft geben müssen.

Die republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus hat die Übernahme von zwei weiteren Bestimmungen der Senatsvorlage verweigert, die von dem Vorsitzenden des Justizausschusses des Senats, Patrick D. Leahy (D-Vermont) und dem ranghöchsten Republikaner des Justizausschusses, Charles E. Grassley (Iowa), eingebracht worden sind.

Leahy hatte in Reaktion auf von Richtern vorgebrachte Kritik eine Verschärfung der geltenden Bestimmungen zur Korruption in öffentlichen Ämtern eingefügt, die nach der Meinung konservativer Republikaner zu weit geht.

Grassley hatte zudem die Anwendung der neuen Bestimmungen auch auf so genannte *political intelligence consultants*, Analysten, die berufsmäßig die Gesetzgebungstätigkeit und damit verbundene Informationen des Congress aufarbeiten, gefordert.

Ein Weg zu einer Einigung über diese beiden kontroversen Bestimmungen und zur Einsetzung eines formellen Vermittlungsausschusses zeichnet sich bisher noch nicht ab.

Die Verabschiedung des Verbots von Insider-Geschäften steht dennoch außer Frage, auch wenn eine merkliche Verbesserung des stark angeschlagenen Image des Congress in der breiten Öffentlichkeit dadurch kaum zu erwarten ist.

6. Republikaner werfen Obama „war on religion“ vor

Unter den Vorzeichen des näher rückenden Wahlkampfes haben die Republikaner seit Anfang 2012 im Senat und Repräsentantenhaus begonnen, die Abdeckung von Standardleistungen in der Krankenversicherung mit Verweis auf religiöse Fragen zu thematisieren.

Den Hintergrund der Auseinandersetzungen bildet die im Rahmen der Gesundheitsreform 2010 (siehe CR 3-4/2010, S. 1) beschlossene Aufnahme von Verhütungsmitteln in das Standardleistungspaket der Krankenversicherer.

Zwar hat die Obama-Administration kürzlich mit religiösen Gruppen einen Kompromiss ausgehandelt, der die Abdeckung von Verhütungsmitteln durch kirchliche Organisationen freistellt. Ungeachtet dessen ist Beschränkung auf kirchliche Arbeitgeber sowie die Verpflichtung der Versicherungsträger, gegebenenfalls Verhütungsmittel kostenfrei zur Verfügung zu stellen, auf erheblichen Widerstand im republikanischen Lager gestoßen.

Der Obama-Administration werfen die konservativen Republikaner vor, einen „war on religion“ zu führen, der auf die schrittweise Aushöhlung des Verfassungsrechts auf

freie Religionsausübung abziele. Dagegen haben sie im Repräsentantenhaus wie im Senat entsprechende Gesetzesinitiativen eingebracht.

Eine Anhörung vor dem *Government Oversight Committee* des Repräsentantenhauses zum Thema eröffnete der Ausschussvorsitzende, Darrell Issa (R-California), mit einem Zeugen-Panel, das ausschließlich aus männlichen Vertretern religiöser Organisationen bestand.

Auf Kritik von Seiten der Demokraten entgegnete Issa, das Thema Religionsfreiheit erfordere nicht notwendig die Ladung weiblicher Zeugen. Eine von den Demokraten vorgeschlagene Zeugin, eine Studentin der hoch renommierten *Georgetown University*, lehnte Issa mit der Begründung ab, dass sie als Aktivistin für Fraueninteressen nicht qualifiziert sei, sich vor dem Ausschuss zum Thema Religionsfreiheit zu äußern.

Die demokratische Minderheit konterte mit einer eigenen Anhörung, welche die Studentin Sandra Fluke zu Ausführungen über die finanziellen und gesundheitlichen Folgen der Verweigerung der Abdeckung von Verhütungsmitteln für Frauen nutzte.

Der ebenso notorische wie auf dem rechten Flügel der Republikanischen Partei populäre Radio-Kommentator Rush Limbaugh verhöhte darauf hin Fluke wiederholt und bezeichnete sie als „slut“.

Diese Verunglimpfungen lösten einen Proteststurm vor allem von Seiten der Demokraten wie von Frauenorganisationen aus. Selbst Präsident Obama ergriff Partei und sicherte Fluke in einem öffentlich bekannt gegebenen Telefonat seine Unterstützung zu. Die Demokraten werben nun offen unter dem Slogan eines von den Republikanern geführten „war on women“ Spendengelder ein.

Die Entrüstung über die groben Entgleisungen des republikanischen Polit-Stars und die Bemühungen der Demokraten, die Frauenperspektive und gesundheitliche Aspekte zur Geltung zu bringen, führten zwischenzeitlich zu einer gewissen Dämpfung des republikanischen Diskurses.

Ein Änderungsantrag von Senator Roy Blunt (R-Missouri) zum anhängigen Straßenbaugesetz (siehe Punkt 4), der das Recht von Arbeitgebern auf die Verweigerung der Abdeckung von Krankenversicherungsleistungen aus religiösen Gründen bekräftigt hätte, wurden Anfang März mit 51:48 Stimmen zurückgewiesen.

Kritiker hielten Blunt vor, die Formulierungen seines Änderungsantrags würden auch nicht-kirchlichen Arbeitgebern das Recht auf Leistungsverweigerung eröffnen und möglicherweise auch zur Verweigerung von Leistungen wie Pflichtimpfungen für Kinder führen.

Im Repräsentantenhaus wurde darauf hin der von Jeff Fortenberry (R-Nebraska) eingebrachte *Respect for Rights of Conscience Act* zumindest vorläufig auf Eis gelegt um Zeit für eine Abkühlung der harschen Kontroverse zu lassen.

Speaker John A. Boehner hat jedoch signalisiert, dass er daran festhalten will, den zu Blunts Initiative im Senat analogen Gesetzesentwurf im Plenum des Repräsentantenhauses zur Abstimmung zu stellen.

7. Parteipolitische Polarisierung hält an

In der ersten Sitzungsperiode des 112. Congress hat sich die parteipolitische Polarisierung zwischen den Republikanern und Demokraten vor allem im Repräsentantenhaus verschärft (vgl. CR 1-2/2011, S. 12). Folgt man den statistischen Berechnungen von *Congressional Quarterly* (CQ), das seit 1953 jährlich durchgeführt werden, dann stimmten die Republikaner 2011 im Repräsentantenhaus im Durchschnitt mit 91 Prozent entlang der Fraktionslinien gegen die Opposition. Umgekehrt lag der so genannte *Average Party Unity Score* im Repräsentantenhaus bei den Demokraten 2011 bei 87 Prozent.

In 716 von 945 Abstimmungen oder 75,8 Prozent stimmten die Fraktionen im Repräsentantenhaus gegeneinander. Das ist statistisch betrachtet der höchste Wert seit dem CQ mit seinen Untersuchungen im Jahr 1953 begonnen hat. Zum Vergleich: In der ersten Sitzungsperiode des 110. Congress im Jahr 2007, als die Demokraten nach 12 Jahren erstmals wieder die Mehrheit im Repräsentantenhaus hatten, lag dieser statistische Wert bei 62 Prozent.

Die statistischen Befunde unterstreichen die im Gegensatz zu den 1970er und 1980er Jahren in den USA deutlich gewachsene Fraktionsdisziplin im Repräsentantenhaus. Sie legen nahe, dass sich die Kammer in ihrer Funktionsweise immer mehr dem Abstimmungsverhalten in parlamentarischen Demokratien anzunähern scheint, das durch eine starke Fraktionsdisziplin von Regierungsparteien und Opposition gekennzeichnet ist.

Die Republikaner hatten im Repräsentantenhaus in den *Midterm Elections* 2010 einen Erdrutschsieg errungen (vgl. CR 11-12/2010, S. 11), bei dem insgesamt 87 neue Fraktionsmitglieder in die Kammer einzogen. Die neue Mehrheitsfraktion hatte eine kompromisslose Parteipolitik gegen die Demokraten und deren Präsidenten Barack Obama im Weißen Haus angekündigt.

Die ausgeprägte parteipolitische Polarisierung 2011 erinnert an das Jahr 1995, als die Republikaner nach einem Erdrutschsieg erstmals seit 40 Jahren wieder die Mehrheit im Repräsentantenhaus gewonnen hatten und unter der Führung von Newt Gingrich eine kompromisslose Konfrontationspolitik gegenüber den Demokraten und dem damaligen demokratischen Amtsinhaber im Weißen Haus, Bill Clinton, betrieben.

Auch im Senat waren die *Average Party Unity Scores* in der ersten Sitzungsperiode des 112. Congress signifikant. Hier stimmten die Demokraten in 92 Prozent der unter-

suchten Abstimmungen mit ihrer Fraktion gegen die republikanische Minderheit. Bei den Republikanern lag dieser Wert umgekehrt den Berechnungen von CQ folgend bei 86 Prozent.

Insgesamt stimmten die Fraktionen in 120 von 235 von CQ untersuchten Abstimmungen im Senat 2011 gegeneinander, was 51,1 Prozent entspricht. Im Jahr 2010 hatte dieser Wert noch bei 72,0 Prozent gelegen. Nach dem die demokratische Mehrheit im Senat in den *Midterm Elections* sechs Sitze verloren hatte und ihre Mehrheit auf 53 Sitze geschrumpft war, war *Majority Leader* Harry Reid (D-Nevada) gezwungen, größere Kompromisse gegenüber den Republikanern zu machen als im Vorjahr. Schließlich benötigte er in der ersten Sitzungsperiode des 112. Congress die Unterstützung von mindestens sieben Republikanern, um die prozedural wichtige *Supermajority* von 60 Stimmen zu gewinnen.

Unter den Bedingung eines *divided government* mit einer republikanischen Mehrheit im Repräsentantenhaus verwundert es nicht, dass sich Präsident Obama nach den Berechnungen von CQ in seinem dritten Amtsjahr nur in 57,1 Prozent der Abstimmungen, zu denen er eine Position eingenommen hatte, gegenüber dem Kongress durchsetzen konnte. In seinem zweiten Amtsjahr (und unter den Bedingungen eines *unified government*, in dem beide Kammern des Congress mehrheitlich von den Demokraten kontrolliert wurden) hatte dieser statistische Wert noch bei 85,8 Prozent gelegen (vgl. CR 1-2/2012, S. 13).

Im republikanisch kontrollierten Repräsentantenhaus konnte sich Präsident Obama 2011 nur mit 31,6 Prozent durchsetzen. Im Senat lag dieser statistische Wert nach den Berechnungen von CQ bei 84,3 Prozent. Zum Vergleich: Obamas Amtsvorgänger Bill Clinton hatte sich in seinem dritten Amtsjahr 1995 ebenfalls unter den Bedingungen eines *divided government* nur mit 36,2 Prozent gegenüber dem Congress durchsetzen können.

Während Obama zu Beginn seiner Präsidentschaft noch dafür geworben hatte, parteipolitische Gräben und Polarisierungen zu überwinden, um das Land aus seiner tiefen Wirtschaftskrise zu führen, musste er in seinem dritten Amtsjahr eine stärker konfrontative Strategie gegenüber den Republikanern einschlagen. Die republikanische Mehrheitsfraktion im Repräsentantenhaus wiederum setzte auf Grund des starken Drucks der *Tea Party*-Bewegung von Anfang an auf Konfrontation und kompromisslose programmatische Abgrenzung gegenüber dem Präsidenten. Die Folge war eine starke ideologische und parteipolitische Polarisierung, die die statistische Durchsetzungsquote Obamas gegenüber dem Congress erheblich schmälerte.

8. Senatorin Olympia Snowe verzichtet auf eine erneute Kandidatur

Im Senat hat die Republikanerin Olympia Snowe Ende Februar 2012 überraschend auf eine neuerliche Kandidatur für ihren Bundesstaat Maine in den Novemberwahlen ver-

zichtet. Die Senatorin, die sich in ihrer dritten Amtsperiode befindet, also dem *U.S. Senate* seit 18 Jahren angehört, ist in ihrem Bundesstaat sehr populär und galt als sichere Bank für die Republikanische Partei.

Die Republikaner verfügen im Senat gegenwärtig über 47 Sitze, benötigen also vier Zugewinne, um in den Novemberwahlen einen Mehrheitswechsel herbeizuführen. Von den zur Wahl stehenden 33 Senatssitzen werden gegenwärtig 21 von Demokraten und zwei von Unabhängigen gehalten.

Snowe begründete ihre Entscheidung mit der extremen Polarisierung zwischen den Parteien (vgl. Punkt 7), die mittlerweile im Senat an der Tagesordnung sei. Wörtlich sprach sie von „my way or the highway ideologies (...) in our governing institutions“.

Snowe gilt als gemäßigte Republikanerin, die oftmals auch gegen die Vorgaben ihrer Fraktionsführung stimmte und sich auch vollkommen unabhängig von der *Tea Party*-Bewegung definiert. Sie wurde 1978 zunächst in das Repräsentantenhaus und 1994 dann für den Bundesstaat Maine in den Senat gewählt.

Die populäre Demokratin Chellie Pingree (Maine), die 2008 in das Repräsentantenhaus gewählt wurde, hat bereits angekündigt, sich um die Nachfolge Snowes im Senat bewerben zu wollen. Inwieweit Snowes angekündigter Rückzug die Chancen der Republikaner auf einen Mehrheitswechsel im Senat im November beeinflussen wird, bleibt abzuwarten. Senator John Cornyn (R-Texas), der Vorsitzende des *National Republican Senatorial Committee*, rechnet damit, dass Maine „im Herbst in den Händen der Republikaner bleiben wird“. Das ist aber keineswegs ausgemacht und wird wesentlich von dem Kandidaten abhängen, den die Republikaner in Maine ins Rennen schicken.

Neben Snowe haben zwei weitere Republikaner, nämlich Kay Bailey Hutchinson (Texas) und Jon Kyl (Arizona) ihren Rückzug aus dem Senat angekündigt. Hinzu kommen sechs Senatoren der Demokraten, die auf eine neuerliche Kandidatur verzichten. Dies sind Daniel Akaka (Hawaii), Jeff Bingaman (New Mexico), Kent Conrad (North Dakota), Herb Kohl (Wisconsin), Ben Nelson (Nebraska) und Jim Webb (Virginia). Senator Joseph I. Lieberman (Connecticut), der sich als Unabhängiger der Fraktion der Demokraten zuordnete, hat ebenfalls angekündigt, ausscheiden zu wollen.

9. Republikanische Präsidentschaftsvorwahlen: Romney bleibt ungeliebter Favorit

Der republikanische Vorwahlkampf um die Präsidentschaftsnominierung 2012 hat sich wie von vielen Seiten erwartet zu einem zähen und harten Ringen zwischen den Kandidaten und Parteiflügeln entwickelt (vgl. CR 10-12/2011, S. 11).

Dem früheren Gouverneur von Massachusetts, Mitt Romney, ist es zwar gelungen, seinen Favoriten-Status mit einer Serie von Siegen zu festigen. Doch in markantem Unterschied zu früheren republikanischen Vorwahlen gelang es dem offensichtlichen Favoriten noch nicht, seine wichtigsten Konkurrenten zu einer Aufgabe zu bewegen.

Im Januar konnte Romney mit Siegen in New Hampshire und Florida einen vergleichsweise guten Start hinlegen. Die Nachzählung in Iowa ergab jedoch den früheren Senator Rick Santorum (Pennsylvania) als knappen Sieger.

In South Carolina gelang es dem früheren Speaker Newt Gingrich (Georgia) mit einem überzeugenden Sieg seiner ebenso unterorganisierten wie unterfinanzierten Kandidatur vorübergehend neues Leben einzuhauchen.

Erfolglos blieben demgegenüber die Abgeordnete Michelle Bachmann (Minnesota), der texanische Gouverneur Rick Perry, der mit erstaunlich dilettantischen Auftritten schon in den Vorwahlkampf-Debatten der Republikaner seinen Star-Status eingebüßt hatte, sowie der frühere Gouverneur Utahs, Jon Huntsman. Sie gaben in der Folge ihre Kandidaturen auf.

Als unerschrockener Kämpfer für seine Sache ist nur der libertär-konservative Abgeordnete Ron Paul (Texas) ungeachtet der ausbleibenden Erfolge im Rennen geblieben.

Der Monat Februar hätte der Monat von Romney werden können und sollen. In der Tat baute Romney mit einer Reihe von Siegen in Nevada, Maine, Michigan, Arizona und Wyoming seinen Vorsprung in der Anzahl der Delegiertenstimmen beharrlich aus.

Doch Santorum gelang es sich mit Überraschungserfolgen in Minnesota und Colorado und einem beachtlichen zweiten Platz in Michigan zur letzten verbleibenden Hoffnung des rechtskonservativen Flügels der Parteibasis aufzubauen.

Newt Gingrich ist es dagegen mit seinen zu skurril-pompöser Rhetorik neigenden Auftritten nicht gelungen, seinen nach eigener Einschätzung eindeutigen Status als Frontrunner im Kandidatenfeld mit Siegen oder Delegiertenstimmen zu untermauern.

In der ersten Märzhälfte und mit dem Großereignis des Super Tuesday, 10 Wahlgängen an einem Tag, schrieb sich das etablierte Muster fort: Romney punktete mit einer Vielzahl von Siegen und der Mehrheit der Delegiertenstimmen, Santorum aber glänzte mit strategisch wichtigen Erfolgen.

Romney verbuchte Washington, Ohio, Virginia, Massachusetts, Idaho, Alaska, Vermont, Hawaii, sowie die Territorien Guam, Northern Marianas, Virgin Islands und American Samoa für sich.

Santorum dagegen gewann mit Tennessee, Oklahoma, North Dakota, Kansas, Alabama und Mississippi das konservative Herz der Partei im Süden und Mittelwesten.

Gingrich siegte allein in seinem Heimatstaat Georgia, für ihn eine hinreichende Bedingung, um von einer Aufgabe seiner Kandidatur abzusehen.

Eine nähere Betrachtung der Wahlergebnisse zeigt, dass Romney insbesondere unter den oberen Einkommensgruppen und gemäßigt konservativen Wählern der Ostküsten- und der Westküsten-Staaten einen hohen *Appeal* hat.

Doch Santorum ist unter den konservativen und religiös-konservativen Wählern der mittleren und unteren Einkommensgruppen und insbesondere in dem Nord-Südstreifen im Landesinneren der eindeutig zugkräftigere Kandidat.

Gegenwärtig führt Romney in der Verteilung der (teilweise legal nicht gebundenen) Delegierten-Stimmen mit 496 vor Santorum mit 236 und Gingrich mit 141, beziehungsweise Paul mit 67 Stimmen.

Für die Nominierung auf dem September-Parteitag in Tampa (Florida) werden 1144 Stimmen benötigt.

In den kommenden Wochen dürfte sich das Gewicht der *Primaries* und *Caucuses* zu Gunsten von Romney verschieben, auch weil die Wahlgänge in den bevölkerungsreichen Küsten-Staaten Kalifornien und New York noch ausstehen. Selbst in Texas scheint Romney nicht ohne Siegchancen, während sich Santorum vor allem in seinem Heimatstaat Pennsylvania gute Chancen ausrechnet.

Dies deutet an, dass es für Santorum schwer sein wird, zu Romney aufzuschließen oder sogar eine Mehrheit der Delegierten auf sich zu vereinen, von Gingrich und Paul ganz zu schweigen.

Doch bleiben Santorum, Gingrich und Paul, wie sie beteuern, weiterhin im Rennen, dürfte es für Romney bei einer Fortsetzung der bisherigen Muster alles andere als einfach werden, eine Mehrheit der Delegierten auf sich zu vereinen.

Eine Entscheidung erst auf dem Nominierungsparteitag, eine so genannte „brokered convention“, über die bereits im Vorfeld spekuliert worden ist, scheint in den Bereich des Möglichen zu rücken.

Allerdings ist es kaum vorstellbar, dass ein solcher „offener“ Parteitag einen Kandidaten, der über einen großen Vorsprung in den Wähler- und Delegierten-Stimmen verfügt, einfach beiseite schiebt. Schon die 114 ungebundenen *Ex officio*-Delegierten aus der Parteihierarchie könnten den Ausschlag für Romney geben.

Für Romney wäre dies allerdings eine schwere Belastung. In abgeschwächter Form gilt dies auch für eine verschleppte Entscheidung in den verbleibenden Wahlgängen, die Romney darin hindern könnte, sich auf die politische Mitte hin zu orientieren.

Das Best Case-Szenario für Romney bleibt eine Sequenz überzeugender Siege von Illinois (20. März) bis Indiana (8. Mai), die den Weg zu einer Verständigung mit Rick Santorum ebnen könnten.

Angesichts der bisherigen Überraschungen und Wendungen des republikanischen Vorwahlkampfes drängt sich aber keines der Szenarien als zwingend auf.



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion
Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
D-67653 Kaiserslautern

<http://www.uni-kl.de/politik/>